Deutscher Bundestag

17. Wahlperiode 22. 05. 2012

Antrag

der Abgeordneten Martin Gerster, Dagmar Freitag, Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Petra Ernstberger, Iris Gleicke, Gabriele Fograscher, Petra Hinz (Essen), Ute Kumpf, Christine Lambrecht, Caren Marks, Thomas Oppermann, Axel Schäfer (Bochum), Ulla Schmidt (Aachen), Brigitte Zpyries, Dr. Frank-Walter Steinmeier und der Fraktion der SPD

Die Rolle des Sports in der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) war und ist ein wesentlicher Bestandteil der deutschen Außenpolitik. Sie soll durch unterschiedlich angelegte Projekte in den Bereichen Sprache, Kultur, Wissenschaft und Sport die Chance zum interkulturellen Dialog eröffnen, die Bildung von Kooperationsformen und dauerhaften Netzwerken ermöglichen und darüber hinaus den Auf- und Ausbau der Zivilgesellschaft unterstützen.

Dem Sport kommt in diesem Kontext eine unverzichtbare Rolle zu. Sport führt Menschen zusammen, trägt zur Überwindung von sozial, sprachlich oder kulturell bedingten Barrieren bei und baut nachweislich nachhaltige Netzwerke auf. Sport spricht alle Sprachen.

Die sportbezogenen Maßnahmen im Rahmen der AKBP haben über Jahrzehnte ihren festen Platz in Wahrnehmung und Wertschätzung durch das Auswärtige Amt gefunden. Die Kürzungen der Mittel für die Internationale Sportförderung seit 2009 haben daher den sportbezogenen Maßnahmen zweifellos Schaden zugefügt.

Eine besondere Rolle innerhalb dieser Maßnahmen kommt den Kurz- und Langzeitprojekten zu, die in der Regel in Kooperation mit den Sportverbänden vor Ort durchgeführt werden. Diese Projekte bedürfen aufgrund der oftmals schwierigen Bedingungen in den Zielländern grundsätzlich einer berechenbaren Vorlaufzeit.

Deshalb ist die seit 2010 erkennbare Vorgehensweise des Auswärtigen Amts, bereits beschlossene Mittel bis kurz vor das jeweilige Jahresende zurückzuhalten, kontraproduktiv.

Im Rahmen der Sportprojekte der AKBP spielt der Fußball eine herausgehobene Rolle; unbestritten ist Fußball die Sportart, die weltweit die meisten Menschen begeistert.

Die ausschließliche Fokussierung auf Fußball im Bericht der Bundesregierung wird jedoch den Leistungen des Sports im Rahmen der AKBP weder in seiner inhaltlichen Breite noch in seiner Vielfalt gerecht. Gleiches gilt für die Arbeit

der entsandten Experten, die unter Hinnahme hoher Belastungen exzellente Arbeit vor Ort leisten.

Die Fraktion der SPD begrüßt, dass in diesem Jahr auf Initiative der Auslandsexperten erstmals ein Symposium zur Gewinnung von Interessenten für die Einsätze im Ausland an der Deutschen Sporthochschule in Köln stattfinden wird. Darüber hinaus wird in diesem Zusammenhang erstmals ein weiterbildendes Zertifikatsstudium zur Ausbildung von (jungen) Auslandsexperten angeboten. Im Sinne einer kontinuierlichen Weiterentwicklung der sportbezogenen Maßnahmen darf dieses jedoch keine einmalige Maßnahme bleiben.

Eine Ausbildung zum Auslandsexperten erscheint nur sinnvoll, wenn entsprechende Einsatzmöglichkeiten insbesondere für die Nachwuchsexperten geschaffen werden. Deshalb ist es nicht nachvollziehbar, dass gerade diese Mittel für ein "Patenschaftsprogramm" zwischen erfahrenen und jungen Experten in diesem Jahr wieder gestrichen worden sind.

Auslandsexperten im Sport vertreten die Bundesrepublik Deutschland in der ganzen Welt. Deshalb haben sie einen Anspruch auf kompetente Beratung in den teilweise äußerst komplexen steuer- und versicherungstechnischen Sachverhalten.

Im Sinne einer nachhaltigen Sportförderung erscheint es sinnvoll, das Netzwerk der in Deutschland ausgebildeten Trainer auch nach ihrer Ausbildung zu unterstützen und beispielsweise durch Alumni-Veranstaltungen eine entsprechende langfristige Bindung zu erzielen. Hier sollten auch die in der Vergangenheit von der Bundesrepublik Deutschland geförderten Projekte einbezogen werden.

In der durch die Bundesregierung im September 2011 vorgenommene Neuausrichtung der AKBP mit dem Titel "Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik im Zeitalter der Globalisierung – Partner gewinnen, Werte vermitteln, Interessen vertreten" spielte die Internationale Sportförderung keine Rolle; in dem 14-seitigen Papier wird sie nach harscher Kritik aus Politik und Sport jetzt nachträglich lediglich in einem Nebensatz erwähnt. Diese Nachbesserung kann das Unverständnis und die erhebliche Unsicherheit bei den langjährigen Partnern aus dem organisierten Sport nicht beseitigen. Das durch die deutlich gewordene Missachtung der Leistungen des Sports in der AKBP verloren gegangene Vertrauen kann so keinesfalls wieder hergestellt werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- zu pr
 üfen, ob die Mittel des Ausw
 ärtigen Amts f
 ür die Internationale Sportf
 örderung in den kommenden Haushaltsberatungen mindestens wieder auf
 den Stand von 2009 zu erh
 öhen sind;
- die vom Deutschen Bundestag für das jeweilige Haushaltsjahr bewilligten Mittel ohne Verzögerungen freizugeben, um Planungssicherheit für die an den Projekten beteiligten Partner zu gewährleisten;
- bürokratische Hürden beim Abrufen der bewilligten Mittel auf ein Mindestmaß zu reduzieren;
- die Maßnahmen zur Gewinnung von (Nachwuchs-)Auslandsexperten im notwendigen Umfang zu verstetigen, um Nachhaltigkeit sicherzustellen;
- ausgebildeten Nachwuchsauslandsexperten Möglichkeiten zu bieten, an der Seite langjähriger Experten Erfahrungen zu sammeln;
- Auslandsexperten in steuer- und versicherungstechnischen Fragen auch vorausschauend zu beraten und diesbezügliche Unklarheiten zu beseitigen;
- den Austausch und die Netzwerkbildung der an den Programmen beteiligten Trainer zu fördern, beispielsweise durch Alumni-Veranstaltungen;

- die Konzeption "Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik im Zeitalter der Globalisierung – Partner gewinnen, Werte vermitteln, Interessen vertreten" zeitnah zu überarbeiten mit dem Ziel, der Internationalen Sportförderung ihren bisherigen Stellenwert zurückzugeben;
- in der Dokumentation der Internationalen Sportförderung der gesamten Breite des Sports gerecht zu werden.

Berlin, den 22. Mai 2012

Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion

